

**Rede  
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und sozial- und  
gesundheitspolitischen Fraktionssprechers**

**Uwe Schwarz, MdL**

zu TOP Nr.10

Erste Beratung

**Entwurf eines Gesetzes über die Pflegekammer  
Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 17/5110

während der Plenarsitzung vom 17.02.2016  
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

„wenn aktuell in Deutschland über die Zukunft der Pflege entschieden wird, sitzen alle am Tisch, nur die Pflege, die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen nicht. Sie muss sich aber gegenüber den anderen verkammerten Berufsgruppen im Gesundheitswesen durchsetzen können.

Nur eine unabhängige Selbstverwaltung, die mit allen Rechten und Pflichten einer eigenverantwortlichen Berufskammer ausgestattet ist, kann die Herausforderungen der Zukunft meistern.

Die Berufsangehörigen müssen selbst mitentscheiden können, welche Entwicklung die Pflege in Zukunft nimmt“ Zitat, so Karl-Josef Laumann auf dem Deutschen Pflorgetag 2015, ehemaliger CDU-Sozialminister (NRW), gegenwärtig Bundesvorsitzender der CDU-Arbeitnehmerschaft und Pflegebeauftragter der Bundesregierung.

Ähnlich klar äußerte sich Laumann auf dem Zukunftsforum der CDU am 16.04.2015 in Lingen (laut Presse waren ja auch Spitzenvertreter der CDU-Landtagsfraktion dort anwesend). Ich hoffe, Sie haben gut zugehört.

Wenn die CDU ausnahmsweise einmal nicht in ihren üblichen Oppositionsreflex verfallen würde, sondern sich ernsthaft mit den Aussagen von Herrn Laumann auseinandersetzen würde, dann könnte das Thema auch bei uns wesentlich sachlicher und zielorientierter behandelt werden.

Nehmen Sie zum Beispiel Rheinland-Pfalz: Ihre dortige Hoffnungsträgerin Julia Klöckner hatte sich schon 2012 sehr eindeutig für eine Pflegekammer ausgesprochen.

Am 17.12.2014 hat dann der Landtag von Rheinland-Pfalz einstimmig, als erstes Bundesland, die Einführung einer Pflegekammer beschlossen.

Die Gegner und Befürworter waren die gleichen wie in Niedersachsen und trotzdem hat sich die Politik nicht auseinanderdividieren lassen.

Davon ist die hiesige CDU bisher leider meilenweit entfernt.

Seit 30 Jahren besteht auch in Niedersachsen die Forderung nach Einführung einer Pflegekammer. Es gab unzählige Argumente dagegen – auch bei uns.

Die Palette reicht und reichte von verfassungswidrig, Bürokratieaufwand, überflüssig, Kammer schließt keine Tarifverträge, Pflegefunktionäre wollen hoch dotierte Posten, usw. usw.

Komisch nur, dass diese Argumente gegen die anderen fünf Heilkammern in Niedersachsen nicht vorgebracht werden.

(Psychotherapeuten, Tierärzte, Apotheker, Zahnärzte, Ärzte). Sie zusammen bringen es auf knapp 60.000 Mitglieder, davon allein 37.000 Mitglieder in der Ärztekammer.

Eine Pflegekammer als sechste Heilberufe-Kammer wäre mit ihren über 70.000 Mitgliedern in Niedersachsen mit Abstand die größte Kammer.

Wieso ist es eigentlich so selbstverständlich, dass der angestellte Arzt oder Zahnarzt Mitglied seiner berufsständischen Selbstverwaltung ist und über die Kammer bei allen wichtigen Entscheidungen mit am Tisch sitzt.

Die angestellte Krankenschwester oder Altenpflegerin, ohne die der Mediziner seine Arbeit einstellen könnte, aber vor der Tür bleibt, wenn Weichenstellungen für ihren Beruf fremdbestimmt werden?

Dafür gibt es keine Begründung, außer „das war schon immer so“.

Die Pflegekammer ist kein Allheilmittel, aber wir wollen die Heilberufe auf Augenhöhe und nicht die eine Gruppe im Ledersessel und die andere Gruppe auf dem Klappstuhl in der Hoffnung, der Nachbar tritt nicht dagegen.

#### Die Pflegekammer

- erlässt eine Berufsordnung für ihre Mitglieder,
- wirkt bei der Festlegung und Weiterentwicklung von fachlichen Standards mit,
- regelt die Fort- und Weiterbildung,
- beachtet und regelt ethische Fragen der Berufsausübung,
- berät den Gesetzgeber bei allen Gesetzes- und Verordnungsverfahren,
- setzt sich für eine sachgerechte professionelle pflegerische Versorgung der Bevölkerung ein,
- um nur einige Aufgaben zu nennen.

Angesichts des drohenden Fachkräftemangels von mehr als 50.000 Pflegekräften allein ab 2030 in Niedersachsen eine Mammutaufgabe für alle Akteure.

Da können und dürfen wir die Pflegekräfte nicht länger außen vor lassen.

Deshalb haben SPD und Grüne 2010 ihre ablehnende Haltung zur Pflegekammer aufgegeben. Unsere damaligen Anträge haben CDU/FDP erst einmal 2,5 Jahre liegen lassen, weil sie vor der Landtagswahl keine politische Entscheidung treffen wollten. Erst Ende 2012 wurde halbherzig eine repräsentative Umfrage zu dem Thema auf den Weg gebracht, mit möglichst wenigen Informationen gegenüber den Betroffenen.

Das Ziel war klar, möglichst keine Mehrheit für eine Pflegekammer zu bekommen.

Das Ergebnis war dann aber deutlich anders.

1. Wurde die alte Regierung im Januar 2013 abgewählt.
2. Die Pflegekräfte hatten sich mit der deutlichen Mehrheit von 67 Prozent für die Einführung einer Pflegekammer ausgesprochen.

Da SPD und Grüne das Ergebnis dieser Umfrage bei ihren Koalitionsverhandlungen noch nicht kannten, haben wir festgelegt, dass das Ergebnis dieser Umfrage für uns die Richtschnur für das weitere Vorgehen in Sachen Pflegekammer sein würde.

Wer allerdings ein solch eindeutiges Umfrageergebnis noch in Frage stellen oder gar ins Gegenteil verkehren wollte, der müsste schon ein extrem gestörtes Demokratieverständnis haben.

Für diese Koalition war es von da ab selbstverständlich, die Pflegekammer auf den Weg zu bringen.

Und ehrlich gesagt, bei allen gängigen Vorurteilen gegenüber der Politik erstaunt es mich dann immer wieder, wenn interessierte Gruppen sich plötzlich darüber wundern, das Wahlversprechen auch tatsächlich eingehalten werden.

Natürlich ist es bemerkenswert, wenn Unternehmerverbände, BPA, Wohlfahrtsverbände, Pflegekassen und Gewerkschaften gleichermaßen, aber mit deutlich unterschiedlichen Beweggründen, gegen dieses Gesetz opponieren. Nur wenn wir genau hinsehen, dann sind das weitgehend die Arbeitgeberseiten und die Kostenträger.

Wenn es um die Beschreibung der Probleme in der Pflege geht, dann besteht große Einigkeit. Diese Einigkeit endet schnell, wenn es um Verbandsinteressen, Ausgabensteigerungen oder mögliche Gewinnreduzierung geht.

Jüngstes Beispiel war die Verhinderung eines Tarifvertrags Soziales für die Auszubildenden durch die Unternehmerseite.

- Da wird jahrzehntelang die Unterbindung von Dumpinglöhnen in der Pflege gefordert, um den weiteren Fachkräfteverlust zu stoppen,
- da ringen sich die Diakonie, Verdi und die Wohlfahrtsverbände unter schwierigen rechtlichen Bedingungen zu einem Tarifvertrag, wenigstens für Auszubildenden durch,
- da appelliert der Landtag mehrfach parteiübergreifend an die Akteure zum Abschluss des Vertrages,
- und dann kommen die gleichen Unternehmerverbände, die jahrelang die Politik zum Handeln auffordern, und bringen den Tarifvertrag zu Fall.

Ein unwürdiger und wirklich unverantwortlicher Vorgang und ein Teil dieser Akteure stehen nun auch wieder auf der Matte, um die Pflegekammer zu verhindern.

- Sie wollen keine Pflegekräfte auf Augenhöhe,
- sie fürchten den Machtverlust durch Errichtung einer „mündigen“ Pflegekammer mit Qualitätsanforderungen und
- damit auch höheren Personalkosten.

Genau diese Spielchen werden wir bei diesem Gesetzentwurf nicht erneut durchgehen lassen.

Es wäre gut, wenn die CDU sich bei den Sachargumenten einfach an Herrn Laumann oder ihrer stellvertretenden Bundesvorsitzenden Julia Klöckner orientieren würde. Ganz falsch können die wohl auch nicht liegen.

Jedenfalls hat Landtagspräsident Bernd Busemann (CDU) Recht, wenn er beim Besuch der Berufsfachschule für Altenpflege in Papenburg feststellte:  
„Lasst uns recht bald in Niedersachsen eine Pflegekammer einrichten. Ich denke die Zeit ist reif dafür.“

So ist es, und in diesem Sinne freue ich mich auf eine konstruktive Gesetzesberatung.